

7/SN-204/ME


RECHNUNGSHOF3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2
1033 Wien – Postfach 240

Z1 4091-01/84

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Beamten-Dienstrechts-
gesetz 1979 und das Richterdienst-
gesetz geändert wird; Stellungnahme

BEIHM GESZENTWURF
Z1 <u>62</u> -GE/19 <u>84</u>
Datum: 20. NOV. 1984
Verfollw. 1984 -11- 20 <u>Strasser</u>

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlamentsgebäude
1010 W i e n

L. C. Strasser

Entsprechend einer EntschlieÙung des Nationalrates beehrt sich der Rechnungshof, anverwahrt 25 Ausfertigungen jener Stellungnahme vorzulegen, die er zu dem ihm mit dem Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 22. Oktober 1984, GZ 920 196/1-II/A/6/84, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz und das Richterdienstgesetz geändert werden, abgegeben hat.

Anlagen

1984 11 19

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit

der Ausfertigung:

Blaschke

**RECHNUNGSHOF**

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

1033 Wien – Postfach 240

Zl 4091-01/84

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979
und das Richterdienstgesetz geändert
wird; Stellungnahme

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1010 W i e n

Der RH bestätigt den Erhalt des mit do Schreiben vom
22. Oktober 1984, GZ 920 196/1-II/A/6/84, versendeten
Entwurfs eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienst-
rechtsgesetz 1979 und das Richterdienstgesetz geändert
werden, und bemerkt dazu:

Art I Z 8 des Entwurfs sieht eine Neufassung des § 33
Abs 7 (neu) vor, welche im Ergebnis zu einer Verkürzung
der Einnahmen des Bundes aus Stempel- und Rechtsgebühren
führen kann. Zwar kann auch bei anderen Arten von Be-
rechtigungsprüfungen, bei denen für die Beurkundung des
erfolgreichen Ablegens ein Zeugnis vorgesehen ist, dieses
dem Absolventen nicht aufgedrängt werden, doch wird
dieser in der Regel zu Beweis Zwecken an der Ausstellung
eines Zeugnisses interessiert sein. Dasselbe Interesse
besteht auch für die Bestätigung über eine abgelegte
Dienstprüfung. Bezeichnenderweise soll ja nach dem Entwurf
das fehlende Zeugnis durch eine Mitteilung gleichen In-
haltes ersetzt werden. Damit würden Bundesbedienstete,
die sich auf diesem Wege Abgaben ersparen wollen, gegenüber
allen anderen Prüflingen, denen kein Zeugniseratz zur
Verfügung steht, ohne ersichtliche sachliche Begründung

- 2 -

bevorzugt werden. Im Sinne der Erhaltung der Staatseinnahmen (§ 2 Abs 2 RHG 1948) sollte demnach kein abgabensparender Umweg für eine privilegierte Gruppe eröffnet werden.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates unter einem in Kenntnis gesetzt.

1984 11 19

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
